

**Rede  
des sozial- und gesundheitspolitischen Sprechers**

**Uwe Schwarz, MdL**

zu TOP Nr. 4 und TOP Nr. 5 – Erste Beratung

**4) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des  
Kammergesetzes für die Heilberufe in der Pflege**  
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/2556

**dazu gemäß § 23 Abs. 1 S. 2 GO LT: Bessere Pflege für  
Niedersachsen und Deutschland**  
Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/374

**5) Interessen der Pflegekräfte in Niedersachsen schützen  
- Pflegekammer zur freiwilligen Vereinigung der  
Niedersächsischen Pflege umbauen oder Kammergesetz  
anpassen**  
Antrag der Fraktion der AfD – Drs. 18/2578

während der Plenarsitzung vom 23.01.2019  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir sind uns offenkundig alle darin einig: Der Start der niedersächsischen Pflegekammer war äußerst unglücklich. Das gilt für die missglückte Beitragsordnung, für die Aufmachung des Beitragsbescheides und ohne Frage für den Zeitpunkt der Zustellung. Die einen waren darüber entsetzt, die anderen haben unverhohlen ihre Freude über diesen Fehlstart zum Ausdruck gebracht. Die Kammerpräsidentin hat sich mehrfach öffentlich entschuldigt. Sie hat die Fehler eingestanden, und sie hat innerhalb einer Woche die Korrektur einer Beitragsordnung durchgesetzt. Das ist ein gewaltiger Kraftakt gewesen. Er war absolut notwendig, aber selbstverständlich war das nicht. Ich finde es ausgesprochen gut, dass das so gemacht worden ist, meine Damen und Herren.

Es wurde allerdings für uns alle relativ schnell klar: Die Beitragsordnung diente in Wirklichkeit nur als Initialzündung für eine erneute, gut vorbereitete Kampagne gegen die Pflegekammer. Das ist übrigens kein Wunder; denn diese Beitragsordnung war bereits seit Juni 2018 bekannt. Man wusste, dass irgendwann der Beitragsbescheid kommen würde. Man kannte die Ordnung. Insofern brauchte man nur auf den Knopf zu drücken. Dann ist das abgelaufen, was wir alle kennen.

Wenn man etwas tiefer im Netz recherchiert, dann findet man auch hinreichend Handlungsanweisungen, wie diese Kampagne ablaufen sollte. Vor allem die Accounts der SPD-Abgeordneten sollten dabei geflutet werden. Ich persönlich hatte, was meinen Account betraf, das Privileg, namentlich erwähnt zu werden. Die Betitelung „Drecksau“ war dabei noch einer der kleineren Kraftausdrücke.

Meine Damen und Herren,

ich weiß, dass es einigen Kolleginnen und Kollegen auch so gegangen ist, ganz zu schweigen von den Beschäftigten bei der Pflegekammer und der Präsidentin selbst. Ich sage Ihnen: In einer demokratischen Gesellschaft dürfen wir glücklicherweise unterschiedliche Positionen öffentlich austragen. Aber Unterstellungen, Beleidigungen, persönliche Diffamierungen, insbesondere

anonym aus dem Dickicht des Internets, und das auch noch mit Fake-Accounts, sind für mich keine Mittel der demokratischen Auseinandersetzung.

Ich finde übrigens: Diejenigen, die das tun, disqualifizieren sich damit selbst.

Ich will noch einmal darauf hinweisen: Der Wunsch nach Einrichtung der Pflegekammer ist keine Erfindung der Politik. Seit mehr als 30 Jahren fordern Pflegekräfte die Einrichtung einer derartigen berufsständischen Vertretung. Sie haben es satt, fremdbestimmt zu werden. Sie haben es satt, sich entmündigen lassen zu müssen. Das war der Grund. Das ist die Ursache. Das war richtig, das ist richtig. Und ich sage Ihnen: Die Heftigkeit der aktuellen Debatte macht für mich deutlich, dass die Pflege endlich eine eigene Stimme braucht.

Es ist hier schon angesprochen worden: Kein Mensch in diesem Parlament käme vermutlich auf die Idee, die Ärztekammer, die Apothekerkammer oder die Psychotherapeutenkammer auflösen zu wollen. Sie alle haben sich etabliert.

Herr Dr. Birkner hat auf meine Zwischenfrage darauf hingewiesen, dass das etwas ganz anderes sei, weil das Freiberufler und selbstständige Berufe seien. Meine Damen und Herren, fast alle Ärzte in unseren Krankenhäusern und medizinischen Versorgungszentren sind Angestellte, Unselbständige, lohnabhängig Beschäftigte. Sie sind trotzdem Pflichtmitglied der Ärztekammer.

Mehr als 50 Prozent der Mitglieder der Ärztekammer sind keine Selbstständigen, sondern Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es gibt an dieser Stelle überhaupt keinen Unterschied zu den angestellten Krankenschwestern oder den angestellten Altenpflegerinnen. Und, meine Damen und Herren, auch Ärzte ärgern sich hin und wieder über ihre Kammer.

Aber im Kern wissen sie, dass sie auf eine starke Kammer zählen können, wenn es um berufsständische Fragen oder auch um die Auseinandersetzung mit der Politik geht. Nur für die Pflegekräfte, die größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen, wird seit Jahren die Tür verschlossen gehalten. Sie haben keine standespolitische Vertretung, weder gegenüber anderen Berufsgruppen

noch gegenüber der Politik. Genau diesem Grundproblem begegnet die Einführung von Pflegekammern. Das war längst überfällig, meine Damen und Herren.

Wir haben hier in Niedersachsen in den vergangenen 15 Jahren - das ist hier angedeutet worden - heftig über die Kammer diskutiert. Ich frage mich zwischenzeitlich eigentlich, warum. Warum in dieser Heftigkeit gerade in Niedersachsen, wenn man sich die bundespolitische Landschaft ansieht?

In Rheinland-Pfalz ist die Bildung der Pflegekammer als erste solche Kammer in Deutschland einstimmig vom Landtag beschlossen worden. Dort gibt es gegenwärtig eine Koalition aus SPD, FDP und Grünen. Julia Klöckner hat übrigens das Geburtsrecht an dieser Kammer immer für die CDU reklamiert.

In Schleswig-Holstein gibt es gegenwärtig eine Koalition aus CDU, FDP und Grünen. Zweite Kammer!

In Niedersachsen kennen Sie das Ergebnis einer Befragung, durchgeführt in der 16. Wahlperiode von der Regierung von CDU und FDP - Umsetzung der Ergebnisse durch SPD und Grüne.

In Baden-Württemberg regieren Grüne und CDU. Es gibt ein laufendes Gesetzgebungsverfahren.

Aktuell hat es eine Umfrage in Nordrhein-Westfalen gegeben. Dort gibt es eine Landesregierung aus CDU und FDP. Aktuell haben sich dort die Befragten mit 86 Prozent - so viele, wie noch nie - für die Einrichtung einer Interessenvertretung ausgesprochen. 59 Prozent der Befragten haben sich explizit für eine Pflegekammer ausgesprochen. Der dortige Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann erklärte am 9. Januar dieses Jahres: „Ich möchte die Kammer zu einer starken Stimme für die Pflege machen. ... Nur eine starke Pflegekammer kann auf Augenhöhe mit den anderen Akteuren im Gesundheitswesen agieren.“

Recht hat er, meine Damen und Herren!

Angesichts dieser Entscheidung in Nordrhein-Westfalen hat sich Gesundheitsminister Spahn zeitgleich für die Einrichtung einer Bundespflegekammer ausgesprochen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

angesichts dieser parteipolitisch wahrlich bunten Landschaft bei der Errichtung von Pflegekammern fände ich es gut, wenn wir auch in Niedersachsen bei dieser Debatte mal ein bisschen abrüsten und das Thema endlich versachlichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

angesichts dieser parteipolitisch wahrlich bunten Landschaft bei der Errichtung von Pflegekammern fände ich es gut, wenn wir auch in Niedersachsen bei dieser Debatte mal ein bisschen abrüsten und das Thema endlich versachlichen.

Wir erleben also seit Jahren eine absolut unredliche und unehrliche Debatte, meine Damen und Herren. Alle Akteure beklagen den massiven Fachkräftemangel, die schlechten Rahmenbedingungen und die teilweise schlechte Bezahlung.

Wenn es jedoch um die Verbesserung dieser Instrumente geht - das will ich nur beispielhaft sagen -, sieht es anders aus: In Niedersachsen wurde vor zwei Jahren in letzter Minute der greifbar nahe Tarifvertrag Soziales gekippt. Der verbesserte Personalschlüssel wurde lange boykottiert. Ja, sogar die Reduzierung von Dokumentationspflichten wurde blockiert. Und das war eben nicht die viel gescholtene Politik, sondern das waren Teile der Anbieterseite. Deshalb will dieser Teil der Anbieterseite mit allen Mitteln eine Kammer verhindern bzw. kippen. Meine Damen und Herren, wir sollten das endlich durchschauen und nicht zulassen!

Es gibt auch andere Arbeitgeber; auch das lesen Sie. Es gibt zwischenzeitlich nämlich Arbeitgeber, die den Kammerbeitrag für ihre Beschäftigten einfach übernehmen und damit für Betriebsfrieden sorgen. Gleichzeitig machen diese

Arbeitgeber deutlich, dass sie es akzeptieren, dass die Kammer eine eigene Stimme bekommt, damit sie gute Fachkräfte im Haus haben. Auch das ist ein Weg, über den man beispielsweise beim bpa mal nachdenken könnte, meine Damen und Herren.

Wir von der SPD haben übrigens nie behauptet, dass die Kammer das Allheilmittel ist. Aber sie ist ein Baustein. Wer der Pflege in Deutschland also wirklich helfen will, der muss erstens die Finanzierung der Pflegeversicherung schnellstens ändern. Das Prinzip der Teilkaskoversicherung verhindert bessere Bezahlung. Jede Lohnerhöhung zahlen entweder die Pflegebedürftigen, deren Angehörige oder die Sozialhilfestellen; und das ist nicht förderlich. Zweitens. Wir haben dadurch keinen Wettbewerb um die beste Pflegequalität, sondern um das billigste Angebot. Drittens. Die Pflege braucht sowohl eine starke berufsständische Vertretung als auch starke Gewerkschaften in den Betrieben. Pflegekammern und Gewerkschaften sind kein Gegensatz, sondern sie wären ein kluges und notwendiges Bündnis, wenn es um die Verbesserung in der Pflege geht. Deshalb finde ich es gut, dass ver.di mehr als 50 Prozent der Mitglieder in der niedersächsischen Kammerversammlung stellt.

Meine Damen und Herren,

Volker Meyer hat etwas zur Koalitionsvereinbarung gesagt. Das steht. So werden wir das machen. Gehen Sie mal davon aus: Auch an dieser Stelle werden Sie die Koalition nicht auseinanderdividieren.

Aber bis zum Abschluss der Evaluierung bitte ich dringend darum, dass die Kammer endlich mit ihrer Arbeit beginnen darf.